

Politik sollen auf die großen Massen abgewälzt werden. Demgegenüber erklärt die sächsische Regierung: Sie wird sich jederzeit als die Regierung der gesamten werktätigen Bevölkerung fühlen und betätigen. Ihre besondere Sorge soll den Vermögenden gelten, all den proletarisierten Schichten, welche ohne staatlichen Schutz überhaupt zugrunde gehen müßten. Gestützt auf die Arbeiter, Angestellten, die Beamten, die Angehörigen der freien Berufe, Kleinbauern und die sinkenden Mittelschichten will sie die Gefahr einer großkapitalistischen Militärdiktatur bannen, welche greifbar vor uns steht. Sie wird dabei alles versuchen, um eine solche Diktatur zu verhindern und den Bürgerkrieg zu vermeiden. Das kann aber nur gelingen, wenn die Bevölkerung selbst sich trotz der Einschränkungen der Pressefreiheit nicht irren lassen läßt, wenn sie einig ist in der entschlossenen Abwehr aller Diktaturgefahren. Um ihren Abwehrkampf führen zu können, wird die sächsische Regierung den Staatsapparat weit energischer säubern von allen, die für die verfassungswidrige Diktatur des Großkapitals offen oder verdeckt tätig sind. Sie rechnet bei ihrem Kampfe gegen die Feinde der Politik nicht nur mit den staatlichen Machtmitteln, sondern erwartet opferbereite Mitarbeit aller proletarischen Schichten und ihrer Organisationen. Diese Organisationen mit allen Kräften zu fördern, wird eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung sein. Im Reich wird die sächsische Regierung sich mit aller Energie dafür einsetzen, daß wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen getroffen werden, welche geeignet sind, den Verfall der Mark, unserer Staatsfinanzen, der gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte zu bannen. Mit aller Energie wird sie für die Erfassung der Sachwerte, für die Produktionskontrolle, für die Erhaltung des Achtstundentages und die Erfassung der Devisen eintreten. Sie wird sich dafür einsetzen, daß die Rechte der Arbeiter, vor allem der Betriebsräte und Gewerkschaften geschützt und erweitert werden. Sie erwartet hierbei die Unterstützung der gesamten schaffenden Bevölkerung. Innerhalb ihres Machtbereiches wird sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen unbillige Betriebsstilllegungen einschreiten und Maßnahmen ergreifen, welche die Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe ermöglichen. Bei der Reichsregierung wird sie nachdrücklich wie bisher auf ausserordentliche Unterstützung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter und zeitgemäße Erhöhung der Renten der Kriegsverletzten, Hinterbliebenen, Sozialrentner und Kleinrentner hinwirken. Es wird weiter versucht werden, die Lebensmittelversorgung durch Beschaffung von Brotgetreide und Raritäten aus anderen Ländern sicherzustellen. Mit banger Sorge denken wir den kommenden Wintern. Durch die rücksichtslose Interessenpolitik der hochkapitalistischen Kreise Deutschlands und durch das dreifache Ausstreuen der sächsischen Organisationen ist die Einheit des Deutschen Reiches auf das schwerste bedroht. In Bayern und im benachbarten Gebiet erhebt der Separatismus sein Haupt. Monarchisten und Schwerindustrielle verbinden sich mit dem Landesfeinde, um ihre Profitwirtschaft weiterhin aufrecht erhalten zu können. Demgegenüber erklärt die sächsische Regierung: Wir stehen zum Reich und werden für die Einheit Deutschlands bis zum äußersten kämpfen. Wir sind überzeugt, daß unser Ruf zur Sammlung und zur Abwehr im gesamten Volke Widerhall finden wird. Wir erwarten von der Disziplin und dem Opfermut des Volkes, daß es gelingen wird, über alle Volksfeinde zu siegen und in eine bessere Zukunft hinüberzuführen. Die Linke quittierte die Ausführungen des Ministerpräsidenten mit starkem Beifall, während die gesamte bürgerliche Rechte in eisigem Schweigen verharrte. — Abg. Hofmann (Dnail.): Namens meiner politischen Freunde bringe ich folgenden Antrag ein: Das Haus wolle beschließen: Die Regierung Dr. Zeigner und Genossen hat nicht das Vertrauen des Landtages. (Heiterkeit links.) Der Präsident schließt hierauf die Sitzung. — Nächste Sitzung Dienstag, 16. Oktober, mittags 1 Uhr: Aussprache über die Regierungserklärung und Beratung über den Antrag Hofmann.

Die rote Koalition in Sachsen.
Die sächsische Regierung nach der Umbildung.
Dresden, 11. Oktober. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgende Mitteilung: Das sozialdemokratisch-kommunistische Kabinett ist am Mittwoch gebildet worden. Der kommunistischen Partei sind das Finanz- und das Wirtschaftsministerium zugeordnet. Das Kabinett wird sich dementsprechend wie folgt zusammensetzen:
Dr. Zeigner (Soz.), Ministerpräsident,
Rebmann (Soz.), Innenminister,
Böttcher (Komm.), Finanzminister,
Neu (Soz.), Justizminister,
Fleißner (Soz.), Volksbildungsminister,
Fiedert (Komm.), Wirtschaftsminister,
Graupe (Soz.), Arbeitsminister.
Außerdem ist vereinbart, daß der bisherige kommunistische Parteiführer Brandl zum Ministerialdirektor in der Staatskanzlei ernannt wird. Es scheiden demnach aus: Finanzminister Heibt und Wirtschaftsminister Feilisch.
(Siehe Artikel auf der Beilage.)

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.
Berlin, 12. Okt. (Aufhebung des Fraktionszwanges bei den Sozialisten?) Die Sozialdemokraten wollen, wie wir hören, den Fraktionszwang für die heutige Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz aufheben, die Abstimmung für diejenigen Mitglieder der Fraktion, die die volle Ermächtigung nicht erteilen wollen, also freigeben. Man erwartet hiervon, daß dann wenigstens die erforderlichen zwei Drittel aller Abgeordneter im Saale an-

sich der Stimme enthalten oder dagegen stimmen daran wird nicht gezweifelt.
Berlin, 12. Oktober. (Die neuen Buchdruckerlöhne.) Die Tarifkommission der Deutschen Buchdrucker einigte sich für die laufende Woche auf Zahlung einer Ausgleichsbeihilfe von 2 Millionen in der Spitze, zahlbar bis Dienstag, den 16. Oktober. Auf den Lohn ab 18. Oktober ist am Freitag, den 19. Oktober ein Vorstoß von 6 Millionen zu zahlen. Die entgeltliche Festsetzung des Lohnes ab 18. Oktober erfolgt am Donnerstag, den 18. Oktober. Die Schlußzahl für das deutsche Buchdruckgewerbe beträgt ab 18. Oktober 85 Millionen.



Die ganze Welt spart Zeit und Geld, weil sie zum Schuhputz Erdal wählt.

Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz

wesend sein werden, was nicht der Fall wäre, wenn Deutschnationale, Deutschvölkische, Kommunisten, die Gruppe Ledebour und die oppositionellen Sozialdemokraten abwesend sind oder vor der Abstimmung den Saal verlassen. Sind die Sozialdemokraten, die gegen die Vorlage sind, anwesend, dann dürfte die vorgeschriebene Präsenz vorhanden sein. Daß dann zwei Drittel der Anwesenden für das Gesetz stimmen werden, auch wenn die diffidierenden Sozialdemokraten

Dollar 12./10. 23. 4 000 000 000 (amtlich.)
13./10. 23. 5 500 000 000 (Freiverk.)

Neueste Meldungen.

Die Helfferische Roggennot.
Berlin, 13. Oktober. Nach dem „Berliner Sozialanzeiger“ ist damit zu rechnen, daß die Helfferische Roggennot in den nächsten Tagen in die Erscheinung treten wird und die entsprechende Verordnung alsbald nach Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes ergehen werde.

Kabinettsrat über neue Notverordnungen.
Berlin, 13. Oktober. Das Reichskabinett hat sich gestern nachmittag von neuem mit Notmaßnahmen wirtschaftlicher Natur und mit der Vorbereitung neuer Notverordnungen beschäftigt, die heute auch dann ausgegeben werden sollen, wenn das Ermächtigungsgesetz im Reichstage nicht angenommen wird. Dabei wird wahrscheinlich auch eine Verordnung über Einschränkung der Einfuhr herauskommen.

Die drohende Reichstagsauflösung.
Berlin, 13. Oktober. Halbamtlich wird mitgeteilt: Aus einer in einigen Blättern erschienenen Notiz könnte geschlossen werden, daß sich der Standpunkt der Reichsregierung in Bezug auf die Voraussetzung, die aus einer Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes in der heutigen Reichstagsitzung zu ziehen seien, geändert hat. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Auffassung der Reichsregierung in dieser Hinsicht unverändert ist und daß der Reichspräsident den Reichstagspräsidenten für den Fall der Nichtverabschiedung des Ermächtigungsgesetzes in der Sonnabenditzung des Reichstages die Vollmachten zur Auflösung des Reichstages gegeben hat.

Herabsetzung der Kohlenpreise.
Berlin, 13. Oktober. Die Vertreter der Kohlenwirtschaft beschloßen gestern, ab 15. Oktober eine Herabsetzung der Kohlenpreise um 30—35 v. H. vorzunehmen.

Die Teuerungsunruhen in Westdeutschland.
Berlin, 13. Oktober. Außer in Solingen und in Abla haben gestern noch in einzelnen anderen Städten Westdeutschlands, wie in Höchst a. M., Elberfeld und Darmen ebenfalls blutige Zusammenstöße mit Erwerbslosen stattgefunden.

Post-Tarif. Gültig ab 10. Okt. 1923.

Gültig ab 10. Okt. 1923. Die Preise verstehen sich in Millionen.

Briefe.			Postanweisungen.		
	Ortsv.	Fernv.			
1. Bis 20 g	2 M.	5 M.	1. Bis 50 Mil. M. einzfl.	1 M.	sowie die Einbestellgebühr, falls nicht „postlagernd“.
2. Ueber 20—100 g	3 "	7 "	2. Ueber 50—100 Mil. M.	2 "	
3. Ueber 100—250 g	5 "	8 "	3. " 100—500 "	4 "	
4. Ueber 250—500 g	6 "	9 "	4. " 500—1000 "	7 "	
			5. " 1000—2000 "	10 "	
			6. " 2000—3000 "	12 "	
			usw. bis 7500—10 000 "	20 "	
Postkarten.			Nachnahme.		
Im Ortsverkehr 1 M., im Fernverkehr 2 M.			Vorzeig. von Nachnahmesend. 2,5 M. Einziehen der Beträge 1 v. Taufb. (wird von der eingezogenen Summe abgezogen).		
Drucksachen.			Einschreiben.		
1. Im Inland bis 25 g	1 M.		Einschreiben im Inland 5 M.		
2. Ueber 25—50 g	2 "		Eilbotenlohn.		
3. Ueber 50—100 g	3 "		Drucksend. im Ortszustellbez. 10 M. Landzustellbez. 30 "		
4. Ueber 100—250 g	5 "		Pakete im Ortszustellbez. 15 "		
5. Ueber 250—500 g	6 "		Landzustellbez. 40 "		
6. Ueber 500—g bis 1 kg	7 "		Pakete.		
7. Ueber 1 kg bis 2 kg (nur für einzeln verpackte, ungericht. Druckbände)	9 M.		Gew. Pak. 1. 3on. 2. 3on. 3. 3on. ii. 75 km ii. 75 km über 375 km		
Geschäftspapiere.			Bis 3 kg 12 M. 24 M. 24 M.		
1. Im Inland bis 100 g	5 M.		Ueb. 3—5 kg 18 " 36 " 36 "		
2. Ueber 100—250 g	6 "		6—9 " 21 " 42 " 63 "		
3. Ueber 250—500 g	7 "		usw. je nach Gewicht.		
Warenproben.			Ueb. 19 5. 20 kg 80 " 160 " 240 "		
1. Im Inland bis 100 g	3 M.		Sperrige Pakete das Doppelte.		
2. Ueber 100—250 g	5 "		Dringende Pakete.		
3. Ueber 250—500 g	6 "		Das Dreifache der einfachen Gebühr		
Briefe mit Wertangabe.			Päckchen.		
a) Gebühr für einen gewöhnl. Brief.			25 cm lang, 15 cm breit, 10 cm hoch, Rollen 30 cm lang.) Bis 1 kg 10 M.		
b) Einschreibgebühr 5 M.			Mischsendungen.		
c) Versicherungsgeld für je eine Million Mark der Wertangabe oder einen Teil davon 20 000.— M.			(Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben)		
			Bis 250 gr 5 M., 250—500 gr 7 M., über 500 gr bis 1 kg 8 M.		